

Am 17. November 2009 lag dem Kölner Stadt-Anzeiger und der Kölnischen Rundschau ein „Finanzjournal“ bei, eine „Sonderveröffentlichung der Zeitungsgruppe Köln in Kooperation mit der Sparkasse KölnBonn“. Die gesamte Aufmachung vermittelte nicht den Eindruck einer Werbabeilage, sondern eher eines journalistischen Ratgebers für die Leserinnen und Leser.

Zur Dokumentation habe ich die Texte auf Seite 3 [„Altersvorsorge tut not“ \[PDF - 1.8 MB\]](#) und auf der folgenden Seite [„Sieben Prozent vom Brutto genügen“ \[PDF - 3 MB\]](#) gescannt. Sie können in den beiden Beiträgen selbst nachlesen, wie sie für dumm verkauft werden sollen. Wolfgang Lieb

Da wird z.B. im erstgenannten Beitrag behauptet, dass Rentenkürzungen aufgrund des demografischen Wandels unvermeidlich seien, *„denn Arbeitgeber und Arbeitnehmer allein können nicht den Mehraufwand tragen, der erforderliche wäre, um die Renten stabil zu halten. Der Beitragssatz müsste dafür von heute knapp 20 Prozent bis auf 30 Prozent steigen.“*

Nur eine Seite danach heißt es dann in der Überschrift „Sieben Prozent vom Brutto genügen“ und im Text folgt dann ein Zitat des als Finanzwissenschaftler titulierten Bernd Raffelhüschen:

*„Wer mit sechs bis sieben Prozent seines Bruttoeinkommens Rücklagen bildet und durchschnittlich 1,5 bis zwei Prozent Zinsen nach Abzug der Inflation erzielt, schließt mit dem Ersparten die Rentenlücke.“*

Der Beitrag zur allgemeinen Rentenversicherung beträgt für das Jahr 2009 19,9 Prozent des Bruttoverdienstes. Nach dem Paritätsprinzip übernimmt der Arbeitgeber davon die Hälfte. Das heißt der Arbeitnehmer allein bezahlt einen Anteil von knapp 10 Prozent.

Unterstellen wir einmal, dass die Behauptung richtig sei, dass der Beitragssatz bis 2050 um 10 Prozent steigen müsste, um die Rente stabil zu halten, so würden sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer diesen Anstieg zu jeweils der Hälfte, also 5 Prozent teilen. Diesen Mehraufwand, um die Rente stabil zu halten, können Arbeitgeber und Arbeitnehmer – so die Behauptung im „Finanzjournal“ – angeblich nicht tragen.

Um jedoch die Rentenlücke zu schließen soll der Arbeitnehmer allein, sehr wohl „sechs bis sieben Prozent seines Bruttoeinkommens Rücklagen“ bilden. Natürlich nicht paritätisch finanziert, sondern vom Arbeitnehmer alleine. Ein Mehraufwand von 5 Prozent für den Arbeitnehmer bei der gesetzlichen Rentenversicherung ist also untragbar, ein Mehraufwand für den Arbeitnehmer für die private Altersvorsorge von 7 Prozent ist aber offenbar sehr wohl tragbar.

Man unterstellt den Leserinnen und Lesern des „Finanzjournals“, dass sie zu dumm sind, zu

erkennen, dass sie bei einer behaupteten Anhebung des Beitragssatzes für die gesetzliche Rente weniger bezahlen müssten, als wenn sie privat vorsorgen.

Wie das „Finanzjournal“ einen Anstieg des Beitragssatzes von heute knapp 20 Prozent auf 30 Prozent im Jahre 2050 errechnet, bleibt im Dunkeln. Tatsächlich ist es so, dass eine solche Berechnung über einen Zeitraum von 40 Jahren schlicht unmöglich ist.

Niemand kann nämlich voraussagen, wie sich die tatsächlichen Einnahmen und Überschüsse der staatlichen Rentenversicherung künftig mittel- und längerfristig entwickeln werden. Denn darauf haben mehrere Faktoren einen recht unterschiedlichen Einfluss, nämlich u.a.

- die Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigtenzahl und des Grades der Erwerbsbeteiligung;
- die Dynamik der durchschnittlichen Brutto-Stundenlöhne;
- die Dynamik der Lohnsteuern;
- die Verschiebung der Lohnkostenstruktur durch Billiglohnjobs und Teilzeitarbeit.

Alle diese Faktoren bewirken die Unmöglichkeit, jetzt zuverlässig die künftigen Einnahmen der SV-Rentenkassen und damit die künftig notwendigen Beitragssätze zu prognostizieren.

Im Übrigen stützt sich diese Werbebroschüre auf die bei der Propaganda für die private Altersvorsorge übliche Dramatisierung der demografischen Entwicklung:

Im ersten Beitrag wird die eindimensionale, um nicht zu sagen einfältige demografische Entwicklung dargestellt. Also etwa, dass *„immer weniger Beschäftigte mit ihren Rentenversicherungsbeiträgen immer mehr Rentner ´ernähren`“* müssten. Im Jahre 2001 seien auf 100 Deutsche zwischen 20 und 59 Jahren erst 44 Menschen im Rentenalter gekommen, im Jahre 2050 seien es bereits 78 Ruheständler.

Offenbar stützte man sich bei diesen Zahlen auf die 10. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung Variante 5 (‐mittlere‐ Variante) des Statistischen Bundesamtes aus dem Jahre 2003.

Dem Leser soll eingeredet werden, als handle es sich bei dieser Vorausberechnung um eine ziemlich sichere Prognose und als Kronzeuge wird Franz Müntefering zitiert: *„Wenn man*

*das nebeneinander legt, muss man kein Mathematiker sein. Da reicht Volksschule Sauerland, um zu wissen: Das kann nicht gehen.“*

Aber genau auf diesem Volksschulniveau bewegt sich diese Argumentation:

Das Statistische Bundesamt selbst schränkt seine Vorausberechnungen wie folgt ein: *„Weil die Entwicklung der genannten Bestimmungsgrößen mit zunehmendem Abstand vom Basiszeitpunkt 31.12.2001 immer unsicherer wird, haben solche langfristigen Rechnungen Modellcharakter. Sie sind für den jeweiligen Zeitraum von mehreren Jahrzehnten keine Prognosen, sondern setzen die oben beschriebenen Annahmen um.“* (Zitiert nach [Gerd Bosbach, Demografische Entwicklung – kein Anlass zur Dramatik \[PDF – 183 KB\]](#)). Auch im Folgenden stütze ich mich auf diesen Aufsatz.)

Doch selbst wenn diese „Modellrechnungen“ im Jahre 2050 (!) Wirklichkeit würden, entspricht die im „Finanzjournal“ geführte Argumentation bestenfalls dem Niveau „Volksschule Sauerland“ (wobei man dabei sogar noch der Volksschule Unrecht tut). Bosbach belegt im zitierten Aufsatz, dass 50 Jahresprognosen „moderne Kaffeesatzleserei“ seien. Der Blick zurück zeige, dass bei einer Schätzung vor 50 Jahren, etwa die Verbreitung der Antibabypille, der Zuzug ausländischer Arbeitskräfte, der Trend zur Kleinfamilie oder mit der Fall des „eisernen Vorhangs“ mit dem Zuzug von 2,5 Millionen Aussiedlern übersehen worden wären. Hätte man die gleiche Berechnung im Jahre 1900 angestellt, so wären gar zwei Weltkriege unberücksichtigt geblieben. Wie sollte also in unserer noch viel schnelllebigeren Zeit ein Rechenmodell, wie ein Naturgesetz gelten?

Es sei schlicht unsinnig, die Modellannahmen als politisch nicht beeinflussbar zu unterstellen. So ließe sich etwa mit einer familien- und kinderfreundlicheren Politik einiges machen, um die Geburtenhäufigkeit wieder zu steigern. Auch der Zuzug von Menschen aus dem Ausland sei ganz offensichtlich politisch zu steuern. Zwei der drei Stellschrauben des Rechen-Modells seien also von der Politik zu drehen.

Auch die dritte Modellannahme, der Anstieg der Lebenserwartung um (ganze) 6 Jahre, sei keine sichere Prognose.

Die Überlebensdauer der letzten 9 koordinierten Bevölkerungsberechnungen habe im Schnitt gerade 4 Jahre betragen.

Doch selbst, wenn die jetzigen Vorausberechnungen der Realität in 50 Jahren nahe kämen, wäre das kein Grund für Horrorgemälde.

Es werde immer nur davon gesprochen, dass die erwerbsfähige Bevölkerung immer mehr

Rentner „ernähren“ müsse, aber nie darüber, dass die Erwerbsfähigen auch die Jüngeren bis 20 Jahre ernähren müssten. Seriöserweise müssten bei den zu „Ernährenden“ nicht nur der Altersquotient sondern auch der Jugendquotient in Betracht gezogen werden. Wären also die Modellannahmen realistisch, würde der Altenquotient zwar um 77 Prozent steigen, bezieht man jedoch die junge Generation mit ein, die ja schließlich auch „ernährt“ werden muss, hätte sich der Gesamtquotient der zu „Ernährenden“ schon auf 37 Prozent halbiert.

Auch die Fortschreibung des gleichen Renteneintrittsalter für die nächsten 50 Jahre sei eine „merkwürdige Blickverengung“. Selbst wenn das Renteneintrittsalter bei 65 festgeschrieben würde (was es mit der Rente mit 67 schon nicht mehr ist), dann würde ein Anstieg des tatsächlichen Renteneintrittsalters schon auf 63 Jahren die demografische Entwicklung jegliche Dramatik verlieren.

Was die eindimensionalen Modell-Berechnungen aber komplett ausblendeten, das sei, dass mit mindestens so hoher Wahrscheinlichkeit wie die angenommenen demografischen Veränderungen sich durch die Steigerung der Arbeitsproduktivität auch die Fähigkeit der Erwerbstätigen, den „Kuchen“ für alle größer zu machen, erhöhen wird.

Selbst unter der (konservativen) Annahme, dass die Arbeitsproduktivität nur um 1,25 jährlich steigen würde (Herzog Kommission) ergäbe sich eine Steigerung der Leistung von 84% bis 2050.

Die notwendigen zusätzlichen Leistungen wären also durchaus erwirtschaftbar, wenn die Erwerbstätigenquote (etwa auch durch den Anstieg der Frauenarbeit oder durch den Abbau der Arbeitslosigkeit) höher läge als heute. Solche Steigerungen seien allerdings in den hier unterstellten Vorausberechnungen nicht berücksichtigt.

Gerd Bosbachs Fazit:

1. 50 Jahres-Prognosen übersehen zwangsläufig die vielfältigen Strukturbrüche.
2. Die Modellannahmen der Bevölkerungsberechnungen sind keine Naturgewalten, sondern z. T. durch die Politik beeinflussbar.
3. Bevölkerungsvorausberechnungen werden alle paar Jahre wegen veränderter Grundlagen mit anderen Ergebnissen wiederholt.
4. Bei Finanzierungsberechnungen müssen Ältere und Junge gemeinsam betrachtet werden.
5. Bei Arbeitskräftedefizit und längerer Lebenserwartung wird sich auch das Renteneintrittsalter erhöhen, ist ergo auch bei den Darstellungen zu berücksichtigen.
6. Der Produktivitätsfortschritt in 50 Jahren lässt uns auch weitere Lasten schultern.
7. Mit 2050 wurde bewusst oder unbewusst das dramatischste Jahr ausgewählt.

*Übrigens: Der als Autorität und Finanzexperte zitierte Professor Raffelhüschen ist nicht nur Aktivist der Arbeitgeberlobby „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ sondern auch Aufsichtsrat beim ERGO-Versicherungskonzern und Berater des Gesamtverbandes der Versicherungswirtschaft. Sein Forschungszentrum Generationenverträge an der Universität Freiburg wird über einen Förderverein auch von der Versicherungswirtschaft und der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft finanziert.*